

Von: m.neitsch.neviges@web.de <m.neitsch.neviges@web.de>

Gesendet: Freitag, 25. August 2023 14:40

An: [REDACTED]@landtag.nrw.de>

Betreff: Name und Daten

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME

18/736

A11

Markus Neitsch

Narzissenweg 1

42553 Velbert

Landtag Nordrhein-Westfalen
Herrn Matthias Goeken MdL
Vorsitzender des Verkehrsausschusses
Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf

Velbert, den 21. August 2023

Stellungnahme des Speditionsunternehmers Markus Neitsch zum Antrag
„Situation der Lkw-Stellplätze auf allen Ebenen in den Fokus nehmen“
(A11 – Lkw-Stellplätze)

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen für die Möglichkeit, zum Antrag (Drucksache 18/4343) als in NRW ansässiger und immer wieder selbst
betroffener Speditionsunternehmer Stellung
nehmen zu dürfen.

Ebenso danke ich für den im Antrag zum Ausdruck kommenden Einsatz zur Verbesserung der Lage für die vielen
betroffenen Fahrer und Unternehmen aus dem
Speditionswesen. Wir teilen die in dem Antrag getroffenen Feststellungen zur Notlage der Lkw-Fahrer, die regelmäßige
Pausen verpflichtend einlegen müssen –
dies ist zwingend notwendig und sollte unter bestmöglichen Bedingungen passieren.

Die Gesundheit und Erholung der Fahrer steht an erster Stelle, um unsere Industriestandorte dauerhaft mit Gütern und Waren versorgen zu können. Die im Antrag vorgebrachten Forderungen an die Landesregierung kann ich insofern weitgehend unterstützen.

Besonders zu unterstreichen ist die Aufforderung an die Regierung, sich für eine signifikante Anzahl an autobahnnahen Stellplätze auf NRW-Liegenschaften oder zu erwerbendem Bauland einzusetzen und die Umsetzung der Maßnahme aktiv zu unterstützen. Die Speditions- und Logistikbranche leidet unter viel zu trägen Reaktions- und Realisierungszeiträumen bei seit Jahren zunehmenden Schwierigkeiten von Lkw-Fahrern und ihren Speditionen entsprechende Haltplätze anzusteuern. Dies ist im übrigen nicht nur ein Problem an Autobahnraststätten, sondern auch in unseren Städten. In Duisburg oder auch im Düsseldorfer Süden sind die Bedingungen für anliefernde Lkw alles andere als ideal. Ruhe- und Wartebereiche außerhalb der Städte zu schaffen, sollte auch im Interesse des Landes sein.

Wenn Jahrzehnte auf die Verkehrsplanung und -Prüfung verwendet werden, sind derart lange Zeiträume für die Planung und den Bau sinnvoller Projekte schlicht inakzeptabel – gerade auch unsere Verkehrswege in Nordrhein-Westfalen sind essentiell für den europäischen Güterverkehr. Ich begrüße daher, dass in dem Antrag die Notwendigkeit infrastruktureller Anpassungen, auch unter Einbeziehung der Untersuchung von Flächen entlang von Landesstraßen in unmittelbarer Nähe der Autobahnen, besonders betont wird. Ich würde gerne zusätzlich folgende Anmerkungen zum Antrag machen:

1) An den Wochenenden gelten für die Fahrer meist Ruhezeiten von 24 Stunden (wöchentliche Gesamtruhezeit). Diese Ruhezeit, darf nicht im LKW stattfinden und bezieht sich auf den gesamten Güterkraftverkehr. Insofern müssen hier entsprechende Unterkünfte miteingeplant werden.

2) Aus versicherungsrechtlichen Gründen darf auch kein Fahrer bei Kunden einen Güterumschlag betreiben, sondern nur im eigenen Unternehmen.

3) Fakt ist auch, dass im gesamten Güterverkehr ab dem 01.12.2023 Fahrerkarten eingeführt werden. Nach meiner Prognose werden dann die Sonderfahrten, sprich insbesondere „JUST IN TIME“ Lieferungen komplett zusammenbrechen. Was dann folgt, ist ein Wegbrechen der Lieferketten in der Industrie samt Stillstand der Produktionsbänder, die auf „JUST IN TIME“ angewiesen sind.

4) Kabotage – also das Erbringen von Transportdienstleistungen durch ein ausländisches Verkehrsunternehmen - wird den Fahrzeugmangel in Deutschland weiter anheizen. Der Speditionsmarkt, inkl. Industrie werden sich an Preise gewöhnen müssen, die kaum mehr bezahlbar sind.

5) Auch die bereits angekündigte Erhöhung der Maut wird durch die Industrie gezahlt werden müssen. Infolgedessen werden im nächsten Jahr unzählige Insolvenzen und Unternehmensaufgaben folgen. Damit werden die Industrie und die Spediteure ins Ausland gedrängt, weil unser Markt hierzulande vollkommen überreguliert wird. Das Land NRW muss auch hier seinen Einfluss im Bundesrat geltend machen, um gravierenden Schaden für Nordrhein-Westfalens Unternehmen abzuwenden.

Ich bitte Sie um Kenntnisnahme und Berücksichtigung meiner Ausführungen.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Neitsch